

Dr. Carl Gustaf Ströhm

Ronald Schill - Alles über ihn und seine Partei

Dr. Carl Gustaf Ströhm

Publizist und Osteuropa - Experte, stammt aus einer deutsch-baltischen Bürgerfamilie und wurde in Reval – dem heutigen Tallinn - in Estland geboren. Seine Mutter war Russin, die am Ende des russischen Bürgerkrieges 1920 vor den Bolschewiken flüchten mußte. Sein Großvater mütterlicherseits war kaiserlich - russischer Admiral und kämpfte unter den „weißen“ Generalen Denikin und Wrangel im Bürgerkrieg gegen die Rote Armee. Sein Großvater väterlicherseits war Buchhändler in Reval und bis zum „Anschluß“ 1938 Generalkonsul Österreichs in Estland.

Nach Flucht und Vertreibung studierte Ströhm osteuropäische Geschichte und Politologie in Tübingen und war beim internationalen Seminar des späteren US-Außenministers Kissinger in Harvard. 1959 promovierte er mit einer Dissertation über Lenin und den russischen Bürgerkrieg.

Schon als Student war er nebenberuflich journalistisch tätig: 1956 war er Augenzeuge der ungarischen Revolution in Budapest. 1959 – 1966 war er außenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung „Christ und Welt“. Zahlreiche Reisen führten ihn in sämtliche damaligen Ostblockländer, ins damalige Jugoslawien, nach China, Kuba und in die Sowjetunion.

1966 – 1972 war er Leiter der Südosteuropa-Programme der „Deutschen Welle“. 1972 – 1995 war er Osteuropa-Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“. Er erlebte den Sturz des Kommunismus in Prag, Warschau, Budapest, Bukarest und Belgrad aus der Nähe mit. Ströhm hat zur Zeit, als der Kommunismus noch scheinbar unangefochten herrschte, aus seiner Skepsis und Ablehnung des Regimes nie einen Zweifel gemacht – was ihm zum Teil zeitweilige Einreiseverbote in einige kommunistische Länder eintrug. Seinetwegen mußte der damalige Außenminister Genscher eine Reise nach Warschau absagen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer berichtete Ströhm von den Brennpunkten des herausziehenden Krieges in Slowenien, Bosnien und Kroatien. Er war bis zum Jahre 2000 Kommentator und Berater des Kroatischen Fernsehens. Seit seiner Rückkehr von den Kriegsschauplätzen des Südostens arbeitet Ströhm als freier Publizist und Autor in seiner Wahlheimat Österreich.

Buchveröffentlichungen:

„Zwischen Mao und Chruschtschow“, Stuttgart, 1964

„Vom Zarenreich zur Sowjetmacht“, Düsseldorf, 1967

„Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben?“, Graz/Köln, 1976

„Was ich den Kroaten sagen wollte“, Zagreb, 1993

(in kroatischer Sprache)

„Kirche im Kampf“, München, 1988

(gemeinsam mit Stephan Balzer)

Vorwort von Joachim Siegerist

Vorsitzender der Deutschen Konservativen e.V.

Es gibt bestimmte Geschichten in der Politik, die man nicht vergißt und deswegen immer wieder gern erzählt. Zum Beispiel das letzte Treffen zwischen Konrad Adenauer und Heinrich Hellwege, dem früheren Chef der Deutschen Partei, der unter dem „Alten“ Bundesratsminister war und später in einer Koalition mit der SPD Ministerpräsident von Niedersachsen wurde. Zur Erinnerung: Ohne Hilfe der „rechten“ DEUTSCHEN PARTEI (DP) hätte Konrad Adenauer nicht die Mehrheit für seine erste Bundesregierung bekommen.

Der Wahlerfolg von 1957 hatte den „Alten“ ein wenig übermütig gemacht. Die Union kam – wie sie es nie wiederholen sollte – aus eigener Kraft bei den Bundestagswahlen über die 50-Prozent-Marke und erkämpfte sich damit die absolute Mehrheit aller Bundestags-Mandate.

Die DP schien dem Alten „überflüssig“ geworden zu sein. Er selber war es, der über den Finanzierungsverein „Staatsbürgerliche Vereinigung“ in Köln der DP den Geldhahn zudrehen ließ und Abgeordnete der DP durch Mandats-Versprechen schlicht und einfach einkaufte. Ur vier Jahre später erhielt er die Quittung für seinen Übermut. Die absolute Mehrheit war „futsch“... und die DP auch. Die kleine, konservative Partei verfehlte nur knapp die 5-Prozent-Hürde. Adenauers Kanzler-Jahre waren gezählt.

Nur wenige Monate vor seinem Tod besuchte der alte Herr den aus dem Amt geschiedenen Heinrich Hellwege auf dessen Hof im „Alten Land“ bei Hamburg. Heinrich Hellwege, dem ich bis zum Tode menschlich und politisch eng verbunden war, berichtete mir von diesem Treffen. Der „Alte“ aus Röhndorf war tief verärgert über den Zustand „seiner“ Partei – der CDU. Seine Worte waren damals: „Wenn ich nicht so alt wäre, würde ich die CDU verlassen. Warum beleben sie die DP nicht wieder? Die CDU kann ohne einen konservativen Koalitionspartner auf Dauer nicht regieren. Auf die FDP ist kein Verlaß. Die geht heute mit dem, morgen mit dem.“ Und dann die harten Worte: „Die ist wie eine politische Hure“.

Heinrich Hellwege, ein zutiefst ehrenwerter und grundsatzfester Mensch: „Dann bot mir Adenauer 500 000 Mark zur Wiederbelebung der Deutschen Partei an. Vermutlich stammte das Geld aus dem damals noch existierenden „Reptilienfonds“. (Anmerkung: Geld, über das eigentlich nur der amtierende Kanzler ohne parlamentarische Kontrolle entscheiden konnte). Aber ganz sicher war ich mir nicht“.

Wie auch immer: Natürlich lehnte Hellwege ab. Er war verbittert. Ohne Pension aufs Altenteil verbannt, zutiefst in seiner Ehre verletzt. Er gab Adenauer „einen Korb“. Ob es richtig war – ich habe da meine Zweifel. Aber umzustimmen... das wäre bei Hellwege sowieso nicht möglich gewesen. Vielleicht ging für die „Bürgerlichen“ damit in Deutschland für viele Jahre eine große Chance verloren.

Und heute die Sprüche von CDU und CSU, daß „rechts von der Union“ keine weitere Partei entstehen darf. Franz Josef Strauß als Kronzeuge. Eine verlogene Diskussion. Anfang der Siebziger wollte Franz Josef Strauß – gemeinsam mit Axel Springer – in Berlin eine „rechte Partei“ etablieren – den „Bund Freies Deutschland“. Wer das Gegenteil behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit oder hat keine Ahnung. Zentrale Rollen bei diesem Versuch spielten damals ehemalige konservative DGB- und SPD-Männer aus Berlin – außerdem der ehemalige Fernsehjournalist Gerhard Löwenthal und der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer, heute Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen. Axel Springer hatte mich gebeten, als „Sprecher“ für die neue Partei aufzutreten. Als ich aber das Zögern der „Großen“ bemerkte, lehnte ich ab. Nur mit einem klaren „Ja“ aller Beteiligten hätte es zum Erfolg der neuen Partei kommen können.

Dann die achtziger Jahre. Franz Josef Strauß Kanzlerkandidat der CDU/CSU. Die Bundestagsfraktion hatte ihn auf den Schild gehoben. Seine Hauptgegner: CDU-Generalsekretär Geissler und Teile der Norddeutschen CDU. Die Roten ließen für den SPD-Kanzlerkandidaten Schmidt dutzendfach „unabhängige Wählerinitiativen“ aufmarschieren. Für Strauß rührte sich kein Finger. Schließlich die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“. An der Spitze Gerhard Löwenthal, die frühere Olympia-Siegerin Jutta Heine und der frühere tschechische Schach-Großmeister Ludek Pachmann. Für die Organisation verantwortlich: Peter Helmes, Bundesgeschäftsführer der Jungen Union. Für Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Siegerist, ich.

Für heutige Verhältnisse – Strauß erreichte mit etwa 45 Prozent ein Traumergebnis. Aber es reichte aus eigener Kraft nicht aus. Die FDP ging mit Schmidt – und ein rechter Koalitionspartner fehlte dem Bayern. Wenn auch nur für kurze Zeit – aber die Roten kamen wieder ans Ruder.

Nach den verlorenen Wahlen hielt Franz Josef Strauss uns die Treue. Mit seiner Hilfe entstand zunächst in München die „Konservative Aktion“, aus der später die heutigen DEUTSCHEN KONSERVATIVEN hervorgingen. Von Strauß selber weiß ich, wie er zur Gründung einer rechten Partei stand. Ganz klar. Er war dabei. Noch lieber wäre ihm die Ausdehnung der CSU auf Bundesebene gewesen. Aber das scheiterte an seiner eigenen Partei. Die Einzelheiten darüber hat Strauß mir ausführlich und persönlich berichtet.

Wenn er später davon sprach, daß „rechts von der Union“ keine weitere Partei entstehen soll – dann hatte das andere Gründe, auf die Dr. Carl Gustaf Ströhm in dieser Broschüre eingeht. Strauß aber als „Kronzeugen“ gegen eine „rechte“ Partei anzubieten – das ist mehr als nur „daneben“.

Und die heutige Situation? Von Bayern abgesehen – in keinem einzigen Bundesland verfügt die CDU über die absolute Mehrheit. So wird es auch Edmund Stoiber auf Bundesebene gehen – sollte er Kanzler werden. Vielleicht klappt es ja mit Guido Westerwelle. Aber nur vielleicht. Und ein Traumpartner für Stoiber ist er sicherlich auch nicht.

Abgesehen vom vorprogrammierten Theater im Bundesrat. Das Einwanderungsgesetz war nur ein Vorspiel von dem, was auf Stoiber noch zukommen könnte. Mit Schill-Koalitionen in den Ländern

würde das nicht passieren. Es erinnert mich manchmal ein wenig an Adenauer und Hellwege. Hellwege war der zuverlässigste Partner Adenauers. Aber kaum einer wurde von der Union mehr getreten als er. Und wie ist es mit Stoiber und Schill? Schill ist sicherlich kein Polit-Profi und macht Fehler. Nur: Genau das macht ihn mir so sympathisch. Von den gelackten und geglätteten Polit-Profis, die mit 16 Jahren schon daran dachten, Kanzler zu werden, haben wir eh genug.

Stoiber nutzt jede Gelegenheit, „gegen Schill“ zu sein. Nur: Ich bin sicher, daß Stoiber sehr bald Dankgebete sprechen wird, daß Schill existiert.

Hamburg hat es gezeigt. Getrenntes Marschieren, aber vereintes Schlagen. Nach 44 Jahren konnten die Roten in die Opposition geschickt werden.

Was man heute in der Politik sagt oder schreibt, kann sich morgen schon überholt haben. Aber jetzt – beim Schreiben dieses Vorwortes im Monat April 2002 – glaube ich daran, daß Stoiber die Bundestagswahlen gewinnt. Aber wenn er sie gewinnt – was ich ihm wünsche – schon jetzt bin ich mir absolut sicher, daß er in wichtigen Fragen der Politik keine „rechten“ Positionen vertreten und gegenüber der Westerwelle-FDP in vielen Punkten einknicken wird. Mit einer DP-ähnlichen Schill-Partei wäre das nicht möglich gewesen. Auch Hellwege mußte dem alten Adenauer mehr als nur einmal politische Korsettstangen einziehen.

Momentan ist die Schill-Partei inhaltlich noch nicht gefestigt und wirkliche Spitzenkräfte aus dem politischen Spektrum haben noch Berührungängste mit seiner Partei. Das könnte sich aber mit zunehmendem Erfolg der Partei ändern.

Es ist eigentlich immer die gleiche Masche, die zum Erfolg führt.

1. Die richtigen Leute an der Spitze
2. Das richtige Programm
3. Gefüllte Kriegskassen
4. Eine einigermaßen geführte Organisation
5. Eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit.

Momentan erfüllt die Schill-Partei diese fünf Grundvoraussetzungen noch nicht. Aber jeder, der es gut meint mit Deutschland, sollte da Hilfestellung geben. Die SPD und Schröder.... die „können“ mit jedem. Mit den „Grünen“, mit der FDP – und selbstverständlich mit der PDS. Mit wem „kann“ die CDU/CSU, mit wem kann Stoiber? Momentan nur die zerbrechliche Hoffnung auf die FDP, die sich biegt wie Strandhafer im Dünensand.

Ich bin kein Mitglied der Schill-Partei und in seine Partei nicht unbedingt verliebt. Aber die politische Vernunft sagt mir, daß es unsere Pflicht sein sollte, diesem Mann aus Hamburg zu helfen. Deutschland zuliebe.

1. Der Mann, der aus dem Schatten trat

Ist Ronald Schill, Gründer und Führungsfigur der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“, rauschgiftsüchtig? Umgibt er sich mit zweifelhaften Leibwächtern aus der Schlägerszene? Treiben seine Parteifreunde Vettern- und Mißwirtschaft? Ist Schill ein Rechtsextremist, der unter dem Deckmantel von Recht und Ordnung polizeistaatliche Zustände einführen will? Seit der „gelernte“ Richter Ronald Barnabas Schill bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen aus dem Stand ein Traumresultat erzielte – fast zwanzig Prozent, das heißt: jeder fünfte Hamburger gab ihm seine Stimme – vergeht kaum ein Tag, an welchem die deutschen Medien – und manchmal auch die etablierten (und durch Schill zutiefst schockierten) Parteien nicht - wie man so schön sagt, eine „neue Sau durchs (bundesdeutsche) Dorf treiben“: immer neue Schreckens- und Schauermeldungen werden über Schill und seine Gesinnungsfreunde verbreitet. Das ist ein Indiz dafür, daß die Etablierten diesen Neuankömmling auf der politischen Szene ernstnehmen. Und da man an seinem Programm einer konsequenten Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien – in erster Linie einer konsequenten Bekämpfung der in manchen deutschen Großstädten (Hamburg!) überbordenden Kriminalität - nichts auszusetzen wagt, attackiert man den unbequemen Konkurrenten durch persönliche Verunglimpfung. Bisher hat sich gezeigt, daß man Schill besten- oder schlimmstenfalls einige Ungeschicklichkeiten vorwerfen kann, die sich aus seiner notgedrungen mangelnden Routine im politischen Geschäft ergeben – alles andere, wie z.B. der vom Fernsehmagazin „Panorama“ in die Welt gesetzte Behauptung, Schill schnupfe Kokain, hat sich als schlichtweg falsch erwiesen. Und daß jemand in der Tagespolitik, die immer mehr einer Schlangengrube gleicht, nicht so raffiniert und erfahren ist wie die jahrzehntelangen „Profis“, spricht in gewissem Sinne ja eher für als gegen ihn. Oder etwa nicht? Bevor man aber darangeht, das „Phänomen Schill“ zu analysieren, muß man die Voraussetzungen untersuchen, aus denen er hervorgegangen ist. Ronald Schill ist ein Kind der Bundesrepublik Deutschland – und seine aus dem Boden gestampfte Partei – abgekürzt PRO (Partei Rechtsstaatliche Offensive) ist in gewisser Weise ein Produkt der bundesdeutschen gesellschaftspolitischen, aber auch psychologischen Verhältnisse. Um es gleich zu Beginn zu sagen: Hätten die etablierten Parteien in Deutschland nicht versagt, wäre Schill wahrscheinlich bei seiner Richterlaufbahn geblieben und hätte als Politiker keine Chancen gehabt. Der Vorwurf des Versagens muß im Prinzip gegen alle Parteien erhoben werden – natürlich in Abstufungen: am wenigsten gegen die CSU (obwohl auch diese bayerische Ur-Partei seit dem Tode des Franz Josef Strauß gewisse Ermattungserscheinungen an den Tag legt); wesentlich mehr schon gegen die CDU – also die Union außerhalb Bayerns -, die sich unter Kohl zu einer „Ersatz-Sozialdemokratie“ entwickelte und in wesentlichen nationalen wie gesellschaftlichen Fragen nicht standfest und prinzipientreu genug war; am meisten aber gegen die SPD, die auf verhängnisvolle Weise dazu beigetragen hat, den inneren Konsens, den jeder Staat zum Funktionieren braucht, auszuhöhlen.

Den zwei übrigen im Parlament vertretenen Parteien – PDS und Grünen – braucht man nicht einmal einen Vorwurf zu machen: Beide wollen sie im Grunde eine „andere Republik“ (um mit dem seinerzeitigen SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller zu sprechen).

Schon seit einiger Zeit stellen aufmerksame Beobachter der deutschen Situation fest, daß die heutige Bundesrepublik Deutschland mit jenem Staat, der 1949 durch das Grundgesetz aus der Taufe gehoben wurde, nicht viel mehr als nur den Namen gemeinsam hat. Der erste tiefe Einschnitt erfolgte mit der „68er-Revolution“ an den deutschen Hochschulen. Durch diese Bewegung wurde das bürgerliche Deutschland, das sich nach dem Schrecken von Krieg und NS-Totalitarismus wieder zu finden begann, in seinen Grundfesten erschüttert und, wie man später sehen sollte, aus den Angeln gehoben.

Der von den 68ern proklamierte „Marsch durch die Institutionen“ hat dazu geführt, daß sich heute in führenden Positionen von Staat, Gesellschaft, aber auch Publizistik und Medien, Exponenten einer Bewegung befinden, die seinerzeit den vietnamesischen Kommunistenführer Ho Tschiminh, den lateinamerikanischen Revolutions-Guerillero Che-Guevara und den kubanischen Diktator Fidel Castro zu ihren Säulenheiligen erhoben. Typisches und prominentes Beispiel für diese (Fehl-)Entwicklung ist die schillernde Gestalt „Joschka“ Fischers, des ersten „grünen“ Außenministers und Vizekanzlers der Bundesrepublik, der sich vom gewalttätigen Straßenkämpfer zum „Vorzeigedemokraten“ des westlichen Polit-Establishments hochgedient hat. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Komik, wenn ein Mann, der selber einst terroristischen Methoden des politischen Kampfes nicht fern stand, nun etwa in salbungsvollem Ton die Palästinenser dazu ermahnt, vom Terrorismus abzulassen. Daß die 68er-Bewegung einen fließenden Übergang zur seinerzeitigen deutschen Terrorszene mit ihren Morden und Entführungen darstellte, daß man bei gelungenen Mordanschlägen auf Politiker oder Wirtschaftsleute (Fall Schleyer, Fall Ponto usw.) „klammheimliche“ Freude signalisierte – das alles ist längst kein Geheimnis mehr. Vor allem aber: die sogenannte „68er-Generation“ hat es – nicht ohne tatkräftige Mithilfe interessierter ausländischer Kreise – geschafft, die deutsche Geschichte vor und nach 1945 in dem Sinne umzuschreiben, daß daraus eine Geschichte nicht enden wollender und verdrängter deutscher Schuld wurde. An die Stelle einer differenzierten Betrachtung der Dinge trat die Versetzung einer ganzen Generation auf die Anklagebank. Die „68er“ rechneten auf diese Weise mit ihren Vätern und Großvätern ab. Sie machten pauschal diese für das NS-Regime und seine Untaten verantwortlich.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde auf diese Weise nachträglich „umgekrempelt“, ihre Geschichte wurde verfälscht und verschoben: Sie wurde zu einem angeblich miefigen, rückschrittlichen, „restaurativen“ Gebilde, dessen Hauptinteresse es war, die „Täter“ der NS-Zeit zu decken. So entstand ein Schwarz-Weiß- und Böse- oder Gut-Schema, das zwar den Interessen der „68er“, nicht aber der politischen und menschlichen Wirklichkeit in Deutschland entsprach. Ein großer Teil der Probleme, mit denen die heutige deutsche Politik (oder auch politische Psychologie) konfrontiert ist, rührt aus diesem Bruch her, der sich damals innerhalb des Staates vollzog und der bis heute nicht geheilt werden konnte.

Ein weiteres Problem, das wie ein Verstärker-Effekt auf die 68er-Problematik wirkte, trat als nicht voraussehendes Beiprodukt der Wiedervereinigung nach 1990 in Erscheinung. Diese Wiedervereinigung – ein Resultat des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Kommunismus – erwies sich nachträglich als Instrument zur Re-Installierung und Rehabilitierung der zunächst bankrott gegangenen kommunistischen Kräfte und Ideen. Es gelang in Deutschland den Kommunisten – der

PDS als Nachfolgeorganisation der SED –, als „achtbare“ Mitglieder in den „Club der makellosen Demokraten“ aufgenommen zu werden. Heute ist Gregor Gysi als besonders „telegener“ Vertreter der PDS gern gesehener Gast auf allen deutschen Talk-Show-Kanälen. Auch die „etablierten“ politischen Parteien haben keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, um die PDS etwa vom Zugang zu den Massenmedien fernzuhalten. Im Gegenteil: Die Parteien haben erheblich dazu beigetragen (wenn auch zum Teil mehr aus Unwissenheit und weniger aus negativer Absicht), die „roten Roten“, also die Kommunisten, salonfähig zu machen. Dieser Prozeß vollzog sich mit besonderer Geschwindigkeit bei der SPD: Sie machte den einstigen kommunistischen Todfeind (schließlich waren Tausende von Sozialdemokraten in der DDR verhaftet, verfolgt und ermordet worden) nicht nur salon-, sondern politikfähig: von Sachsen-Anhalt über Mecklenburg-Vorpommern bis zur Koalition Wowereit-Gysi in Berlin.

Interessant ist nun, daß die gleichen politischen Kreise, die kein Ende der deutschen Schuld an Hitler zugestehen wollen und auf einer womöglich jahrhundertelangen Buße bestehen, in bezug auf die Untaten des Kommunismus und des SED-Regimes weitaus milder gestimmt sind. So konnten sich über die Hintertür eines sogenannten „Antifaschismus“ wesentliche Strukturen der kommunistischen Organisations- und Denkmodelle in die Bundesrepublik hinüberretten und hier die Rolle von „Wächtern der Demokratie“ übernehmen. Im Zusammenhang damit flammte die alte Rechts-Links-Debatte wieder auf, wobei von der linken Seite „rechts“ mit extremistisch, faschistisch und antidemokratisch gleichgesetzt wurde. Die Notwendigkeit der Existenz einer demokratischen „Rechten“ wurde nicht akzeptiert. Rechts von der CDU/CSU beginnt für diese Kräfte bereits der Faschismus, ja mehr noch: die Unionsparteien selber unterliegen dem Verdacht, zumindest mit faschistoiden Ideen zu sympathisieren.

Ein verlogener Antifaschismus und der „gemeinsame Kampf“ gegen eine (weitgehend imaginäre und politisch jedenfalls marginalisierte) „Rechte“ wird von nicht-demokratischen Kräften am linken Rand dazu benutzt, sich in Position zu bringen, die Erinnerungen an die dunkle SED-Vergangenheit und die Stasi zurückzudrängen und sich als „regierungswürdig“ und „regierungsfähig“ zu präsentieren. Dahinter steht die Absicht, eine „strukturelle“ linke Mehrheit zu etablieren, so daß in Deutschland jedenfalls auf absehbare Zeit keine nicht-linke, „bürgerliche“, christdemokratische Regierung mehr möglich sein wird. Das Unglück will es, daß die deutsche Sozialdemokratie einer solchen Entwicklung nicht nur keinen Widerstand leistet, sondern diese sogar noch bestärkt und forciert. Aber auch die Unionsparteien haben sich in die Sackgasse manövrieren lassen. Es ist erstaunlich, wie widerstandslos CDU, stellenweise aber auch die CSU, der Umwandlung der Bundesrepublik in einen „Antifa-Staat“ zugesehen haben. Als von der Linken eine „rechte Gefahr“ buchstäblich hochgeputscht wurde, hat kein Politiker der CDU/CSU den Mut gefunden, auf linke Meinungsmanipulation, auf die Einseitigkeit eines großen, überwältigenden Teils der deutschen Medien hinzuweisen und vor einer Meinungsdictatur zu warnen. Stattdessen beteiligten sich CDU und CSU an der von Kanzler Schröder initiierten „Kampagne gegen Rechts“ – wobei Angela Merkel und Edmund Stoiber in Kauf nehmen mußten, sich auf der gemeinsamen Antifa-Kundgebung noch beschimpfen und beschuldigen zu lassen.

Die seinerzeit (unter wesentlich andersgearteten innenpolitischen Umständen) von Franz Josef Strauß

ausgegebene Parole, wonach es „rechts“ von der Union keine legitimierte politische Kraft mehr geben dürfte, wird von den heutigen Unionsparteien – fast möchte man sagen: wider besseres Wissen – aufrecht erhalten. Das aber bedeutet: die Unionsparteien fesseln sich selbst und bereiten ihren politischen Gegnern den Weg zur Macht. Während nämlich die SPD drei potentielle Koalitionspartner im Bundestag aufbieten kann – nämlich Grüne, PDS (Kommunisten) und, wenn es sein muß, auch die FDP - hat die Union in der heutigen Lage nur einen Koalitionspartner zur Verfügung, der aber notorisch unzuverlässig ist und in wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen eher der Linken als einer konservativen Position zuneigt: Das sind die Liberalen, also die FDP.

Die FDP hat es bisher immer wieder verstanden, Situationen herbeizuführen oder auszunutzen, in denen der „Schwanz mit dem Hund wedelt“, nämlich der Kleinere und Schwächere in der Koalition gegenüber dem Stärkeren seinen Willen durchsetzt. Es läßt sich durchaus vorstellen, daß Edmund Stoiber im Falle eines Wahlsieges wesentliche Punkte eines Unions-Programms in einer christlich-liberalen Koalition CDU/CSU-FDP wegen Widerstandes des kleineren Partners nicht durchsetzen können.

Sein Konkurrent Schröder ist da in einer wesentlich besseren Lage: Der Kanzler und SPD-Chef ist auch bisher schon mit seinem grünen Koalitionspartner Schlitten gefahren – nach dem Motto: „Vogel, friß, oder stirb!“ Denn Schröder kann, bei einigermaßen gutem Wahlergebnis für die SPD, unter seinen Partnern wählen und die einen gegen die anderen ausspielen. Die CDU aber hat keinen solchen Partner. Hier lohnt sich ein Blick in die Geschichte: Konrad Adenauer hatte „rechts von der CDU“ zumindest zwei Parteien, die zu einer Koalition unter seiner Führung bereit waren: die Deutsche Partei (DP) und den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Später bezeichnete es Adenauer als einen seiner großen Fehler, die Deutsche Partei an die Wand gespielt und schließlich durch die CDU „liquidiert“ zu haben.

Es gab nämlich schon zu Adenauers Zeiten Wähler, die einerseits keine Linkspartei wählen wollten, denen aber andererseits die CDU (weniger die CSU) zu heterogen, zu „klerikal“, auch wohl zu diffus war. Diese Wähler waren allenfalls bereit, für die überragende Person Konrad Adenauers zu stimmen, nicht aber für die Partei CDU. Heute hat sich die Situation noch verschärft. Es gibt auf der Seite der CDU keinen wesensverwandten, „natürlichen“ Koalitionspartner mehr. Unter Helmut Kohl ist die CDU in weiten Teilen selber nach links gerückt, hat sich „sozialdemokratisiert“. Jede künftige CDU-Regierungsbeteiligung leidet unter der Tatsache, daß Teile der Union im „Norden“ – man denke an die von Franz Josef Strauß apostrophierten „Nordlichter“ – keine klare ideen-politische Position beziehen und sich gelegentlich dem Zeitgeist anpassen. Gerade das mißhagt einer großen Zahl von Wählern, die nach einer Alternative suchen. Wenn das etablierte Parteiensystem keine solche bietet, flüchtet der Wähler entweder in die Stimmenthaltung (sinkende Wahlbeteiligung) oder er artikuliert seinen Protest. So kann man davon ausgehen, daß sich unter den PDS-Stimmen in den neuen Bundesländern nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie, „überzeugte Kommunisten“ befinden, sondern auch Menschen, die ihren Protest gegen die jetzigen Parteien zum Ausdruck bringen wollen. Der Protestwähler ist zu einem festen Bestandteil der politischen Strukturen geworden. Sein Auftauchen stellt eine Antwort auf die Unzulänglichkeit und mangelnde Sensibilität der etablierten Parteien dar. Wer aber die Hamburger Schill-Wähler nur als Protestwähler abtun möchte,

der greift zu kurz. Protestwähler brauchen kein positives Programm, ihnen genügt es, „dagegen“ zu sein und seinen – oft ohnmächtigen – Zorn gegen bestehende Verhältnisse zu artikulieren, die einem nicht gefallen. Bei Schills PRO aber handelt es sich potentiell um mehr: Man will, wie der Name schon sagt, dem Rechtsstaat zur Geltung verhelfen, man will Sicherheit und eine ordentliche Verwaltung. Das ist ein durchaus positives, ernstzunehmendes Programm. Die Frage ist jetzt: Wie wird es umgesetzt?

2. Der ausgetrocknete Schwamm

Ein ausgetrockneter Schwamm nimmt alles Wasser auf, das sich darbietet. Auch die deutsche Wählerschaft gleicht einem solchen Schwamm – oder einem ausgetrockneten Wüstenboden. Die Diagnose ist bekannt: Es herrscht Politikverdrossenheit, in den neuen Bundesländern gibt es Enttäuschung über die Demokratie, die man anfangs, nach der Wende, so enthusiastisch und hoffnungsvoll begrüßte.

Die Politik gilt vielen als undurchschaubar. Solange der Lebensstandard relativ hoch ist, sind die Wähler in ihrer Mehrheit bereit, sich achselzuckend mit den problematischen Erscheinungen abzufinden. Erst wenn es einem existenziell „auf den Nägeln brennt“, wenn es gewissermaßen ans „Eingemachte“ geht, wenn der eigene Geldbeutel oder die persönliche Sicherheit in Gefahr sind, ist der Bürger bereit, etwas zu unternehmen: zunächst, indem er sein Kreuz auf den Stimmzettel an einer anderen Stelle malt als sonst.

Das ist nicht immer einfach: Denn das Parteiensystem, das sich über ein halbes Jahrhundert lang – seit Ende des zweiten Weltkrieges – verfestigt hat, läßt Alternativen nur schwer zu. Am ehesten werden solche Alternativen noch auf der linken Seite des politischen Spektrums geduldet. In der Tat ist erstaunlich, wie schnell nach der Wende die PDS – als Nachfolgeorganisation der totalitären SED – allgemein akzeptiert wurde, so daß dieser Sproß des Kommunismus heute bereits neben den arrivierten und traditionellen Großparteien CDU und SPD gleichberechtigt geduldet wird. Doch der durchschnittliche Deutsche ist in seiner Mehrheit nicht links, sondern eher konservativ. Er sehnt sich nach Recht, Gesetz und Ordnung in seinem Leben. Er will frei sein, aber er will keine Unordnung um sich herum. Der „Spiegel“ – ein Blatt, das dem „Richter Gnadenlos“ (so wurde Schill von den Medien wegen seiner harten Urteile genannt) sicher nicht wohlgesonnen ist, hat ihn als „Messias der Schrebergärtner“ bezeichnet. Diese Formulierung ist interessant: Schrebergärtner sind nämlich meist solide, fleißige und keineswegs radikale oder extremistische Leute. In den Schrebergartenkolonien herrscht gegenseitige Rücksichtnahme, gute Nachbarschaft, gegenseitige Hilfe – also Solidarität und Subsidiarität über den Gartenzaun hinweg. Wer die Stimmen der Schrebergärtner gewinnen kann, wer diese Schicht in der Öffentlichkeit vertritt, der muß auch selber maßvoll agieren. Die „Schrebergärtner“-Variante stellt also für den 42jährigen Richter Ronald Schill ein Kompliment, zugleich aber auch eine Verpflichtung dar. Dabei ist allerdings ein Umstand bemerkenswert: Wenn eine linke Partei sich rühmt, die „kleinen Leute“ und deren Interessen zu vertreten – seien es nun die Arbeiter, die Klein- und Mittelverdiener oder die Schrebergärtner – dann wird das als fortschrittlich und positiv akzeptiert. Niemand wird einen

SPD-Politiker mit dem Argument angreifen, er sei der „Messias der Arbeiter und Angestellten“. Dringt aber ein Außenseiter wie Schill in diesen Bereich ein, ist er sofort ein gefährlicher Populist und womöglich Rechtsradikaler.

Wie „rechts“ ist Schill nun wirklich? Es ist bezeichnend, daß er selbst sich nicht als „Rechten“ sehen möchte. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß in Deutschland durch die Agitation der Linken – die im Sinne des italienischen, marxistischen Ideologen Gramsci die „Begriffe“ in Besitz genommen hat – Worte wie „rechts“ oder „konservativ“ bereits als Herabsetzung und Beschimpfung gelten. Schill selbst hat sich mehrfach verwahrt, mit anderen „populistisch abgestempelten“ Politikern Europas in einen Topf geworfen zu werden. So will er nichts mit dem österreichischen FPÖ-Star Jörg Haider (Landeshauptmann von Kärnten) oder mit dem französischen Rechten Le Pen zu tun haben. Zur Abgrenzung von etwaigen „Extremisten“ beruft sich Schill auf die antinazistische Herkunft seiner Eltern und auf einen Großvater, der wegen kommunistischer Gesinnung im Dritten Reich politisch verfolgt worden ist.

Natürlich ist es zu bedauern, daß ein Politiker, der im Jahre 2002 akute Gegenwarts- und Zukunftsprobleme seines Landes oder seiner Heimatstadt lösen möchte, sich gezwungen sieht, eine „antifaschistische Ahnentafel“ vorzulegen, wobei dieses Argument auf seine aktiven politischen Gegner keinen Eindruck macht: so viele kommunistische Großväter kann Ronald Schill gar nicht haben, um nicht von seinen Konkurrenten und Gegnern doch als „Rechter“ und gar „Extremist“ eingestuft zu werden. Die Bevölkerung, das Wählervolk sieht die Dinge allerdings anders. Hier fasziniert Schill, weil er „wie Ziethen aus dem Busch“ – oder wie sein in die Geschichtsbücher eingegangener Urahne, der Major Ferdinand von Schill während der Zeit Napoleons – mit einem Handstreich gegen einen weit überlegenen Gegner vorgeht. Der legendäre Major Schill hatte in Stralsund 1806 auf eigene Faust den von Preußen verlorenen Krieg gegen Napoleon fortsetzen wollen. Ähnlich hat auch der Richter Schill in einer für das bürgerliche Hamburg schwierigen und nicht ungefährlichen Situation den Stier bei den Hörnern gepackt und die „Sicherheitsfrage“ gestellt: Wie sicher sind Hamburgs Straßen und Bahnhöfe? Wie groß ist die Gefahr, in dieser Stadt einem Verbrechen zum Opfer zu fallen? Was kann man dagegen tun? In der Reaktion der Bevölkerung – des Mannes (und der Frau) auf der Straße, oder auch der bereits zitierten „Schrebergärtner“ - war der Unterschied zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu erkennen.

Eine Bevölkerung, die mit dem Sicherheitsdefizit „hautnah“ konfrontiert ist – indem sie mitten in ihrer Stadt und bei hellichtem Tage über teilweise aggressive Bettler und Drogendealer stolpert und im ungünstigsten Fall sich nicht mehr auf die Straße traut, aus Furcht, überfallen und ausgeraubt zu werden - wird nichts gegen einen Richter haben, der wenigstens dafür sorgt, daß einige der außer Rand und Band geratenen Halb- oder Ganzkriminellen für einige Zeit aus dem Verkehr gezogen werden. In dieser Hinsicht braucht sich Schill keine Sorgen zu machen: Sein Ansehen bei den einfachen Leuten – also den meisten Wählern – hat wegen seines Durchgreifens (auch wenn es sich notgedrungen in seiner Richterzeit nur um punktuelle Maßnahmen handeln konnte) keineswegs gelitten, eher im Gegenteil.

Schills politische Gegner sagen nun, daß Hamburg eben ein besonderes Pflaster sei und daß das Kriminalitätsproblem in anderen deutschen Ländern und auch Städten nicht so gravierend sei, als daß eine politische Gruppierung nur mit diesem einem Thema den Durchbruch schaffen könne. Zugleich hoffen die Gegner, Schill werde sich in Hamburg Blößen geben, indem er seine Wahlversprechen – z.B. Halbierung der Kriminalität – nicht oder zumindest nicht fristgerecht wahr machen kann. Es handelt sich also um eine Doppelstrategie, die gegen Schill und seine PRO (Partei Rechtsstaatliche Offensive) angewandt wird. Einmal soll Schill als ausschließlich Hamburger „Lokalerscheinung“ abgewertet werden: Was er sagt und forciert, sei also für die Mehrheit der Wähler in der Bundesrepublik gar nicht relevant. Zum andern aber wird versucht, auch in Hamburg selbst das Stuhlbein anzusägen, indem man ihn der Unfähigkeit bezichtigt, mit den von ihm selbst angesprochenen Problemen fertig zu werden.

Diese Doppelstrategie hat es durchaus in sich. Zunächst stellt sie in Rechnung, daß sogenannte „Ein-Themen-Parteien“ auf längere Sicht nicht durchsetzungsfähig sind – jedenfalls lehrt das die bisherige Erfahrung. Auch die deutschen „Grünen“ waren am Anfang eine solche Ein-Themen-Partei, aber im Gegensatz zu Schill konnten sie sich (und können sich noch heute) auf das linke Netzwerk der 68er und post-68er stützen. Schill dagegen muß faktisch aus dem Nichts eine Partei aufbauen, die dazu auch noch bundespolitisch agieren muß (selbst wenn sie zur Bundestagswahl 2002 nicht antreten sollte). Er kann nicht, wie die Grünen, auf eingespielte Strukturen und Querverbindungen zurückgreifen. Er muß auch personell improvisieren – und es ist kein Wunder, daß es dabei auch zu Fehlentscheidungen personeller Art kommt. Jede neue Partei – dazu noch besonders, wenn sie gleich zu Beginn einen solch fulminanten Wahlerfolg aufweisen kann – lockt nicht nur Idealisten an, welche eine Sache oder Idee vorwärts bringen wollen. Sie übt auch erhebliche Anziehungskraft auf Leute aus, die in erster Linie auf Karriere aus sind. Solange ein solcher Karriere-Wunsch sachlich fundiert und durch Leistung verwirklicht wird, mag das akzeptabel sein. Leider muß man aber selbst in den etablierten Parteien – und erst recht bei Neugründungen – damit rechnen, daß sich auch Leute einfinden, deren Motive nicht so edelmütig sind. Auch ist eines so gut wie sicher: Die politischen Gegner könnten auch bewußte Provokateure in die neue Partei entsenden, die durch wildes Agieren, radikale Rhetorik und fragwürdiges Benehmen die Partei diskreditieren und zugleich desintegrieren. Schill und seine Leute sollten ruhig einmal studieren, wie das im Falle der NPD – einer stimmenmäßig und organisatorisch völlig unbedeutenden Gruppierung – seitens des Verfassungsschutzes gehandhabt wurde.

Die manchmal etwas krampfhaft wirkende Abgrenzung Schills gegenüber „rechts“ hat ihren Ursprung sicher in der Sorge, tatsächlich in eine Ecke gedrängt zu werden, in die man nicht hingehört. Aber auch hier müßte Schill darauf achten, nicht vor lauter (an sich sogar richtiger) Taktik dem Gegner in die offenen Messer zu laufen. Wer sich ständig distanziert, gerät leicht in den Verdacht „es nötig zu haben“. Auch hier ist ein Blick ins linke Spektrum recht lehrreich: Die SPD distanziert sich von der PDS und damit von den Kommunisten gerade so weit, wie sie es für richtig hält. Sie läßt sich Tempo und Ausmaß (der Distanzierung) keinesfalls von den Unionsparteien vorschreiben.

Die Tragik einer Partei-Neugründung, wie sie Schill vorgenommen hat, liegt in den versteinerten Strukturen der Bundesrepublik. Das „System“ ist derart verfestigt, die Positionen sind aufgeteilt,

besonders die Medien – die an sich dazu berufen wären, eine vorurteilslose Betrachtung des „Neuen“ zu ermöglichen – sind derart einseitig programmiert, daß jeder, der abseits der „political correctness“ etwas bewegen will, mit gewaltigen Widerständen, Unterstellungen, Verleumdungen und Verhöhnungen rechnen muß. Die medial gesteuerte Demokratie verhindert auf diese Weise ihre eigene Erneuerung.

Die Situation verschärft sich durch die Tatsache, daß jeder „Neugründer“ einer politischen Partei unausweichlich ein Amateur ist. Ihm fehlt die Routine des politischen Tagesgeschäfts, die taktische Raffinesse, der Durchblick durch die Labyrinth und das Erkennen der Fallstricke, die auf ihn warten. Und je weniger die Gegner – zu denen inzwischen im Falle Schill so gut wie alle etablierten Medien gehören, einschließlich der Springer-Presse – sachlich am Programm des „Neuen“ etwas auszusetzen haben, desto mehr treten wahre oder erfundene „Verfehlungen“ in den Vordergrund: Schill, der angeblich Rauschgiftsüchtige, in dessen Partei Verwandte und Freundinnen von Mandatsträgern oder Vorstandsmitgliedern mehr oder weniger einträgliche Pöstchen zugeschanzt bekommen usw.

Natürlich spielt da – von anderen Motiven einmal abgesehen – mangelnde Erfahrung mit. Aber Erfahrung im politischen Geschäft hat nur jemand, der kein Außenseiter ist – Schill und seine Leute aber sind Außenseiter. Das wiederum spricht in gewisser Hinsicht eher für als gegen sie: Warum sollte es nicht auch Seiten- und Quereinsteiger in die Politik geben? Warum sollten nicht Menschen, die gewissermaßen naiv und unbelastet die Dinge betrachten, sich nicht um ein Mandat oder politischen Einfluß bemühen? Sind etwa die ausgekochten Routiniers, die das Gras wachsen hören und genau wissen, wie man über die Runden kommt – nötigenfalls mit raffinierten Tricks – etwa erstrebenswerter und sympathischer als Amateure, die aber vielleicht nicht abgebrüht sind und noch etwas lernen wollen (und lernen werden, wenn man sie läßt)?

Das deutsche Parteiensystem stecke in einer schweren Krise, hören wir von renommierten Fachleuten – etwa dem Sozialforscher und Parteienkritiker Erwin K. Scheuch. Wäre es da nicht geradezu Pflicht, frisches Blut in den Kreislauf zu pumpen, damit der erschlaffte Organismus wieder neue Vitalität gewinnt? Sollte man Neankömmlingen nicht am Anfang ein gewisses Maß an Ungeschicklichkeit und Tolpatschigkeit zugestehen – denn wo und bei wem hätten sie es denn vorher lernen können?

3. Deutsche Befindlichkeiten

Ist Deutschland fast sechs Jahrzehnte nach Ende des zweiten Weltkrieges und zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung ein „normales Land“ – wie jedes andere in Europa? Ja und nein. Ja, wenn man vor allem die „alte“ Bundesrepublik betrachtet, in denen die Menschen über mehrere Jahrzehnte hinweg einen beachtlichen Wohlstand geschaffen haben. Für die neuen Bundesländer, die über den schmerzhaften und kostspieligen Umweg von vierzig Jahren Kommunismus und noch längerer sowjetischer Besatzung ins 21. Jahrhundert traten, gilt dies nur eingeschränkt. Die Folgen des Kommunismus sind viel einschneidender – in materieller wie seelischer Hinsicht, als man es ursprünglich zu befürchten wagte.

Der „reale Sozialismus“ ist Vergangenheit – und niemand, nicht einmal die Anhänger der PDS, kann sich ein Regime von Stacheldraht, Todesstreifen mitsamt einer eingesperrten Bevölkerung zurückwünschen. Was aber blieb, sind die Denkweisen, Gewohnheiten, auch die Selbsttäuschungen, die von einem Regime vermittelt wurden, das auf der einen Seite strengste Isolierung – fast Gefangenschaft – für seine eigene Bevölkerung praktizierte, auf der anderen Seite aber eine Sicherheit „auf niedrigem Niveau“ (aber immerhin) zu bieten vermochte. Das war ja das Verführerische am DDR-Regime: daß es zugleich ein Gefängnis und eine „geschützte Werkstätte“ war, in der man scheinbar ohne Konkurrenz und ohne Bedrohung durch äußere Einflüsse so dahinleben konnte. Und da die Menschen dazu neigen, die Vergangenheit im verklärten Licht zu sehen, erscheint manchen Deutschen in den neuen Bundesländern die DDR sogar als „gemütliches Gefängnis“.

Daß es mit der Wiedervereinigung nicht so reibungslos klappte, wie man es sich in Bonn vorgestellt hatte (man denke an das Wort Kohls von den „blühenden Landschaften“) hatte neben objektiven auch subjektive Gründe: Die „westdeutschen Brüder“ haben nach dem Fall der Mauer zwar großzügig geholfen – kein anderes postkommunistisches Land hat nach dem Regimewechsel solche „auswärtige“ Hilfe erhalten wie die ehemalige „DDR“. Aber es gab von westdeutscher Seite auch Hochmut, Taktlosigkeit und Herablassung – und gelegentlich eine Goldgräber-Mentalität, mit der man bei den „Ossis“ abzukassieren hoffte. Es war also ein höchst widersprüchliches Bild, das sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten darbot. So ist auch das Überleben und eine gewisse Konsolidierung des Kommunismus in den neuen Bundesländern zu erklären. Die totalitäre „Mauerpartei“ SED nannte sich in PDS um, behielt als Nachfolgepartei beträchtliche finanzielle Mittel der alten SED und konnte sich während der kritischen Übergangsphase, zumindest bei Teilen der Bevölkerung Mitteldeutschlands, als Hüter und Verteidiger spezifischer „ostdeutscher“ Interessen gegenüber angeblichen westlichen Begehrlichkeiten profilieren. So gelang es der PDS, teilweise sogar die „alte“ SPD zu überflügeln und sich zunächst in den Ländern zur unentbehrlichen Mehrheitsbeschafferin einer Linkskoalition zu machen. Die SPD spielte dabei mit. Über die Hintergründe dieser Politik ist an anderer Stelle bereits das Nötige gesagt worden. Hier mag die Feststellung genügen, daß natürlich nicht alle und wahrscheinlich nicht einmal die meisten PDS-Wähler in den neuen Bundesländern überzeugte Kommunisten sind. Sieht man einmal von den alten SED-Kadern, Vopo-Offizieren und anderen Nutznießern der DDR-Diktatur ab, handelt es sich bei den meisten um Enttäuschte, die sich

in der „Kühle“ und im Konkurrenz-Milieu einer pluralistisch-westlichen Gesellschaft nicht zurechtfinden. Den beiden führenden bundesdeutschen Parteien ist es nicht gelungen, an diese Menschen heranzukommen – und sie bei der Stange zu halten, nachdem die erste Wiedervereinigungs-Euphorie sich in Skepsis und wohl auch Enttäuschung verwandelt hatte.

Übrigens beschränkt sich das nicht nur auf die Mitteldeutschen. In so gut wie allen „postkommunistischen“ Staaten Mittel- und Osteuropas gab es, nach anfänglicher Euphorie beim Sturz des totalitären Regimes, anschließend eine solche Phase der Ernüchterung. Auch der Umstand, daß sich die bisherigen „gewendeten“ Kommunisten mit ihrer alten Ideologie nicht mehr vor die Wähler trauten und stattdessen einen verschwommenen „Antifaschismus“ auf ihre Fahnen schrieben, ist nicht nur für die neuen Bundesländer charakteristisch. Nur ist hier das Beharren (und Wiederauffrischen) in bezug auf kommunistische Symbolfiguren und Denkmäler besonders stark. Weder in Polen, noch in Ungarn, Tschechien oder den baltischen Staaten kann man heute „Karl-Marx“ oder „Maxim Gorki-Straßen“ finden. Die Tatsache, daß in der deutschen Hauptstadt Berlin heute nicht nur sowjetische Panzer als Siegesdenkmal auf ihren Sockeln stehen, sondern auch kommunistische Straßennamen unverändert beibehalten wurden, ist mehr als nur Formalität. Es ist auch ein Stück in die Bundesrepublik „herübergerettete“ DDR. Die logische Konsequenz ist, daß die extreme Linke – nämlich die „gewendeten“ Kommunisten – heute in das bundesrepublikanische Establishment integriert ist. Wir haben es also mit einem „subkutanen“ Linksruck der wiedervereinigten Bundesrepublik zu tun.

Den einfachen Wählern mag das nicht so wichtig sein: Sie sorgen sich um ihren Arbeitsplatz (wenn sie nicht schon arbeitslos sind), sie wollen ein wenig persönliche Sicherheit – und sie wollen angesprochen, mit ihren Sorgen ernstgenommen werden. Genau hier hat es bei vielen „Wessis“ gehapert – einfach, weil ein Mensch, der satt ist, sich schwer tut, einen Hungrigen zu verstehen. Dabei ist darunter nicht in erster Linie der physische Hunger zu verstehen, jedenfalls nicht im Fall der Ex-DDR.

Aus dieser Situation könnte sich für eine neue, unverbrauchte, nicht mit den Hypothesen der Vergangenheit belastete politische Kraft die Möglichkeit bieten, den im Grunde „heimatlosen“ Wählern Mitteldeutschlands eine Alternative zu bieten. Schill und „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ sprechen eine Empfindung an, die in Mitteldeutschland besonders stark vorhanden ist: den Wunsch nach „Sicherheit“ – und zwar im ganz persönlichen Lebensbereich - den Wunsch der mittleren und älteren Generation, daß ihr bisheriges Leben – das sie notgedrungenweise in der DDR verbringen mußten – nicht vergeblich gewesen ist. Wenn es Schill und seinen Leuten gelingt, diese „Melodie“ zum Klingen zu bringen und den vielzitierten „Ossis“ den Eindruck zu vermitteln: Hier ist jemand, der uns zuhört und der für uns spricht, dann könnte sich für die „Schill-Partei“ gerade in den neuen Bundesländern eine geradezu staatspolitische Aufgabe ergeben: nämlich das freischwebende, enttäuschte Protestpotential davon abzuhalten, PDS oder – wie beim letzten Mal – die undurchsichtige DVU zu wählen. Stattdessen könnte sich auch hier eine bürgerliche Alternative aufbauen: Schills PRO-Gruppierung gemeinsam mit der CDU. Das wäre eine Parallele zu Hamburg, obwohl man hier natürlich differenzieren muß: Nimmt man Sachsen-Anhalt als das aktuellste Beispiel, so unterscheiden sich Mentalität, Sorgen, Hoffnungen und Befürchtungen der sachsen-anhaltinischen

Wähler natürlich von jenen der Hamburger. Es kommt jetzt darauf an, ob die Schill-Partei nicht nur eine geographische, sondern auch eine thematische Erweiterung schafft. Ihre Gegner hoffen darauf, daß sie eine „Ein-Themen-Partei“ (nämlich fixiert auf Kriminalitätsbekämpfung) bleibt und sich damit überall dort, wo andere brennende Themen im Vordergrund stehen, selbst überflüssig macht. Zum andern ist da das Problem des „kurzen Atems“: einer neuen Partei, deren Protagonisten notwendigerweise nur geringe Erfahrung im politischen Geschäft besitzen, ist leicht in Versuchung, über die eigenen Versprechungen zu stolpern – Versprechungen, die dann nicht oder nicht termingerecht erfüllt werden können. Nun sind gerade bei den arrivierten Parteien nicht gehaltene Wahlversprechungen nichts Neues: Nur gilt hier unfairerweise die alte Weisheit: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe. Der politische Gegner wird die Schill-Partei und Schill selbst nicht aus den Augen lassen, um auch die geringste Abweichung, die geringste Blöße, die kleinste Ungeschicklichkeit (wie sie im „stressigen“ politischen Tagesgeschäft unvermeidlich sind) erbarmungslos auszuwalzen.

Vor allem, was die Medien betrifft, können Schill und seine Leute mit keinerlei Gnade oder auch nur wohlwollender Gleichgültigkeit rechnen. Es gehört zu den fragwürdigen Regeln der heute herrschenden Medien-Demokratie (oder sollte man sagen: Mediokratie?), daß, wenn erst einmal das Signal gegeben ist, wenn die „Leitmedien“ den Ton vorgegeben haben, alle übrigen sich auf das „Opfer“ stürzen. Das funktioniert, als wäre es bestellt – obwohl in den meisten Fällen nur jene Linie eingehalten wird, die „in“ ist. Einen Richter zu finden, der noch dazu als „gnadenlos“ gilt – und den man des Rauschgiftkonsums verdächtigen kann (weil er angeblich auf einer Party ein weißes Pulver geschluckt hat), das ist ein gefundenes Fressen. Da interessiert nicht mehr, ob es dieses Pulver überhaupt gegeben hat oder ob es sich nicht vielleicht um ein Kopfwepulver oder um Staubzucker handelte. Die Vorkämpfer gegen Ämterfilz und Patronage dabei zu ertappen, wie sie selber Posten im Wege der Protektion besetzen – auch das läßt man sich nicht entgehen. Da gibt es auch keine Schonfrist für Anlernlinge der Politik, keine „hundert Tage“, die man anderen vielleicht vergön timer würde.

4. Ein Kind seiner Zeit – und seines Landes

Wenn hier von „Kind“ gesprochen wird, dann hat das nichts mit „kindlich“ oder gar „kindisch“ zu tun. Auch Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber sind „Kinder ihrer Zeit“ – Produkte spezifischer Lebensumstände. Ronald Schill ist sowohl altersmäßig wie mentalitätsmäßig ein Deutscher der Nachkriegsgeneration, der durch die Bundesrepublik und die siebziger, achtziger und neunziger Jahre geprägt wurde. Das ist die erste deutsche Generation seit vielen Jahrzehnten, die nicht durch Not und Entbehrungen oder gar durch Krieg geprägt wurde. Das verleiht dieser Generation, zu der – wenn auch in einer etwas fortgeschrittenen Altersklasse – auch der SPD-Kanzler und der Unions-Kanzlerkandidat gehören – Vorteile, aber zeigt auch ihre Grenzen. Vergleicht man die beiden mit Schill, so fällt natürlich auf, daß sie im Gegensatz zu diesem, politische Routiniers sind: ausgekochte „alte Hasen“ auf dem Gebiet der politischen Taktik – bis hin zur unvermeidlichen Trickkiste. Schill dagegen ist ein „Außenseiter“ und, wenn man so will, „Quereinsteiger“. Er ist in diesem Sinne kein Berufspolitiker – denn er hat jahrelang außerhalb und neben der Politik einen bürgerlichen Beruf ausgeübt – nämlich Richter. Er könnte morgen auch aus der Politik wieder in seinen Beruf zurückkehren.

Dieses „Außenseitertum“ bringt ihm natürlich Häme von manchen Berufspolitikern ein, die ihr Lebtag lang nichts anderes getan haben, als sich auf der Ochsentour hochzudienen und für die ein Leben ohne Politik einen Absturz in die Tiefe der Bedeutungs- und Machtlosigkeit bedeuten würde. Aber auch das Schill'sche „Außenseitertum“ erweist sich als Chance. Der bundesdeutsche politische Apparat ist eingefahren: Zwischen den Großparteien und den übrigen etablierten politischen Gruppen besteht ein Konsens der Bewegungslosigkeit. In den vergangenen Jahrzehnten hat nur eine einzige politische Gruppierung es fertiggebracht, sich als Außenseiter einen Platz in der bundesdeutschen Parteienlandschaft zu erobern – das waren die Grünen. Aber sie konnten den „gesellschaftlich relevanten“ Rückenwind für sich nutzen. Sie waren Produkte des Alt- und Neu-Marxismus und des Anarchismus. Sie bauten ihre Positionen auf den deutschen Selbsthaß und der Selbstzerknirschung auf. Joschka Fischer, der jetzt in Armani-Anzügen arrivierte einstige Straßenkämpfer und Anführer einer Prügeltruppe, ist das eindrucksvollste Beispiel für diese Mutation: vom Turnschuh-Jüngling, der als frischgebackener grüner Abgeordneter den damaligen CSU-Bundestagspräsidenten Richard Stücklen vor laufenden Kameras im Plenarsaal als „A...loch“ titulierte und der bei anderer Gelegenheit meinte, alle „deutschen Helden“ müßten totgeschlagen werden – bis zum staatstragenden Außenminister, der ebenso bedeutungsschwangere wie inhaltsleere Sprechblasen von sich gibt: Das ist gewiß ein weiter Weg.

Daß aber solche Karrieren im heutigen Deutschland möglich sind, liegt nicht zuletzt am Versagen der etablierten Parteien – und vor allem am Versagen der sogenannten „bürgerlichen“ Parteien, daß heißt der CDU und – leider – auch CSU. Schill hat, im Gegensatz zu besagtem „Joschka“, Deutschland und die Deutschen nicht beschimpft, und er hat auch nicht andere Politiker mit Fäkalausdrücken tituiert. Das aber wird ihm nicht etwa als Pluspunkt zugutegehalten – im Gegenteil, die gleichen Unionsparteien, die z.B. den Außenminister Fischer mit ausgesuchter Vorsicht behandeln – bisher hat

sich noch niemand von ihnen getraut, ihm gegenüber das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern („Der König ist nackt!“) ins Feld zu führen – diese gleichen Unionsparteien behandeln Schill und seine PRO ausgesprochen unfreundlich. Eine Ausnahme war bisher lediglich Hamburg, wo die CDU die Schill-Partei als Mehrheitsbeschafferin brauchte, wobei man allerdings schon damals durchblicken ließ, man werde froh sein, wenn man eines Tages auch ohne Schill zum Zuge käme. Im beginnenden Bundestagswahlkampf haben CDU/CSU und der Kanzlerkandidat Stoiber Schill bei jeder sich bietenden Gelegenheit abgewiesen und brüskiert. Eine vorausschauende Unionspolitik hätte, angesichts der sich abzeichnenden strukturellen Linksmehrheit in Deutschland, eine bürgerliche „Ergänzung“ durch eine Gruppierung rechts von der Mitte begrüßen und fördern müssen. Nichts dergleichen geschah. Natürlich kann man von einer wahlwerbenden Partei nicht erwarten, daß sie einer potentiellen Konkurrenz den Steigbügel hält. Aber wenn bei der Vorbereitung der Abwahl von Kohl die SPD mit den Grünen zusammenspielte und damit die Voraussetzungen für den Machtwechsel schuf, müßte sich auch die Union ausrechnen, daß die alte (noch von Franz Josef Strauß stammende) Faustregel, wonach es „rechts von CDU/CSU keine legitimierte politische Kraft geben dürfe“, heute überholt ist. Mehr noch: Sie kann sich in eine fatale Falle für die Unionsparteien verwandeln.

Es kann doch nicht im Interesse der Unionsparteien sein, wenn sich in der deutschen Öffentlichkeit die These durchsetzen sollte, daß rechts von CDU/CSU der „Faschismus“ oder Rechtsextremismus beginnt! Das Akzeptieren einer solchen politischen „Landkarte“ müßte nämlich bedeuten, daß die Union nur mit Partnern koalieren darf, die links von ihr stehen: das heißt entweder mit der notorisch unzuverlässigen FDP – deren Liberalismus (jetzt sogar Neo-Liberalismus) notwendigerweise mit dem „hohen C“ von CDU und CSU zusammenstoßen würde, oder aber sie müßte eine große Koalition mit der SPD schließen – womöglich als Juniorpartner. Das ist der Union schon einmal unter Kurt Georg Kiesinger in den sechziger Jahren nicht gut bekommen und hat zu fast dreizehn Jahren Machtverlust geführt.

Noch während der Kanzlerschaft Willy Brandts, die den Linksruck der „alten“ Bundesrepublik einleitete (und den 68ern den Marsch durch die Institutionen bis in die Spitze des Staates ermöglichte), hat Strauß das Dilemma erkannt und versucht, die Idee von der „vierten Partei“ ins Spiel zu bringen: Das sollte eine Partei rechts von der Union sein, die – ähnlich wie die CSU in Bayern – das konservative Element der deutschen Wählerschaft ansprechen sollte. Nach dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ sollten dann vierte Partei und CDU gemeinsam eine Mehrheit erringen und eine Regierung bilden. Strauß spielte sogar mit dem Gedanken, eine auf das gesamte (damalige) Bundesgebiet ausgedehnte CSU könne diese Rolle einer „vierten Partei“ übernehmen. Das Ganze scheiterte an der Furcht der CSU-Würdenträger, sie könnten, wenn erst im Gegenzug die CDU sich in Bayern ausdehnen sollte, ihre wohlgepolsterten Mehrheiten und Mandate verlieren. So verschwand die „vierte Partei“ von der Bildfläche, bevor sie virulent werden konnte. Strauß selbst gab das Rennen auf – und scheiterte am Ende als Kanzlerkandidat der Union (nicht zuletzt, weil ihm die CDU-„Nordlichter“ im Wahlkampf die Unterstützung versagten).

Es war eine Ironie der Geschichte, daß sich die „vierte Partei“ dann doch verwirklicht: aber nicht von rechts als Partner der Union, sondern von links als zusätzliches „Aggregat“ einer SPD-Regierung.

Heute haben die Sozialdemokraten die Möglichkeiten zu Koalitionsbildungen weitestgehend ausgeschöpft: Die SPD kann entweder mit den Grünen – oder mit der FDP – oder, wie die jüngste Entwicklung zeigt, auch mit der PDS – also den Kommunisten. Sie kann aber auch mit der Union eine große Koalition bilden. Die Ausgangsposition ist so, daß sich selbst bei Verlust einer rot-grünen Mehrheit zusätzlich entweder die FDP („Ampelkoalition“) oder auch die PDS anbietet. Wenn es das Ziel politischer Taktik und Strategie ist, möglichst viele Alternativen zur Auswahl zu haben, dann hat Schröder das erreicht.

Denn die CDU hat diese Wahlmöglichkeiten nicht – weil sie, teilweise aus Angst vor der eigenen Courage, keinen anderen Koalitionspartner hochkommen lassen will. Wohl am absurdesten war die Art und Weise, wie sich die Union in die von der Linken inszenierte „Kampagne gegen rechts“ und in den (von Schröder proklamierten) „Aufstand der Anständigen“ einspannen ließ – wobei dann am Schluß Stoiber und Merkel mitanhören mußten, wie ihre eigenen Parteien der Komplizenschaft mit der angeblichen „Rechten“ beschuldigt wurden. Einer desorientierten und von Spendenaffären heimgesuchten CDU fehlte der Mut und der Wille, dieses üble Spiel zu durchkreuzen.

Diese partielle Lähmung der CDU war eine Folge ihrer „Sozialdemokratisierung“ unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls. Zwar behielt die bayerische Schwester CSU ihr Profil – wenn dieses auch nicht mehr so scharf und eindeutig war, wie zu Straußens Zeiten -, aber die „Nordlichter“ paßten sich dem allgemeinen Linkstrend an, vielleicht aus Unkenntnis, vielleicht auch aus der opportunistischen Hoffnung, so besser überwintern zu können.

Jetzt bietet sich mit der Schill-Partei erstmals eine nicht-linke Alternative an, von der Strauß vergeblich träumte (bevor er zu der im Grunde resignativen Formel fand, daß rechts von der Union nur noch die Wand sei). Natürlich kann man Begriffe wie „links“ und „rechts“ in der Politik für überholt erklären – aber die Linke tut das nicht. Die Linke in Deutschland bekennt sich als „links“ und kämpft, wie sie selber immer wieder betont, gegen „Rechts“. Da sich die Unionsparteien neuerdings der linken Begriffs-Diktatur untergeordnet bzw. angepaßt haben, sagen alle – von Stoiber über Merkel bis zu Frau Süßmuth - die Union befinde sich in der Mitte. Wer aber vertritt dann die Interessen der nicht-linken Wähler, denen „die Mitte“ ein zu schwammiger Begriff ist – eine zu enge Plattform, auf der sich Stoiber, ebenso wie Schröder, tummelt. Es fehlt nicht viel, und auch die Grünen stellen sich als Exponenten einer „neuen Mitte“ vor.

In Italien und Österreich – zwei Länder, deren historisches Schicksal sich mit jenem der Deutschen berührt, wobei aber beide Länder nicht oder doch nicht ganz so von Schuldcomplexen beherrscht werden, wie das bei den Deutschen der Fall ist - wurde auf unterschiedliche Weise vorexerziert, wie eine nicht-linke Mehrheit und eine bürgerliche Regierungsbildung zustandekommen kann, wenn nur der Mut dazu vorhanden ist. In beiden Fällen fehlte es nicht an Drohungen von außen, an massiven Einmischungen, mit denen eine nicht-linke Lösung verhindert werden sollte. Im Falle Österreichs ging das bis zu Sanktionen der 14 EU-Mitgliedsstaaten. Bei Italien war man zwar vorsichtiger, aber an Mißfallensäußerungen fehlte es auch in diesem Falle nicht.

Was aber geschah? Als sich zeigte, daß man sich weder in Wien noch in Rom von außen vorschreiben lassen wollte, wer das eigene Land regieren solle, da ging die Außenwelt bald zur Tagesordnung über. Weder der Himmel stürzte ein, noch gingen Demokratie und Freiheitsrechte den Bach hinunter, weil statt der gewohnten Halb- oder Ganz-links-Regierungen plötzlich konservative, bürgerliche Koalitionen die Staatsmacht ausübten.

An beiden Beispielen zeigt sich, daß die Anti-Rechts-Hysterie bewußt geschürt wurde – nicht um wirklich gefährliche Rechtsextremisten zu bekämpfen, sondern um unbequeme Konkurrenten zu diskreditieren.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Es versteht sich für jeden vernünftigen Menschen von selbst, Extremismus abzulehnen. Aber dann muß man in gleicher Weise eine Grenze gegenüber linken, wie rechten Extremisten ziehen. Es kann nicht sein, daß in deutschen Fernseh-Talk-Shows – und bald auch in der deutschen Politik – Exponenten des Links-Extremismus und Nachfolger des DDR-Regimes darüber mitentscheiden, wer zum Beispiel ein Rechtsextremist ist und wer nicht. Bei den Kommunisten galt schon seit den frühen dreißiger Jahren, jeden Gegner zum „Faschisten“ zu erklären: So wurden aus Sozialdemokraten in der KPD-Propaganda „Sozialfaschisten“. Das ist der auch heute noch offenkundige Versuch, sich über den „Antifaschismus“ und die angebliche „Einheit der Arbeiterklasse“ in die Gesellschaft honoriger Demokraten hineinzuschwindeln. Die Deutschen müssen schon darauf achtgeben, daß sie nicht eines Tages in einer „DDR-light“ aufwachen, in der der Antifaschismus zur verbindlichen Staatsideologie wird – so wie früher der Marxismus-Leninismus. Die Tatsache, daß es heute keinen ernstzunehmenden Faschismus oder Nationalsozialismus mehr gibt und man unerfreuliche und ärgerliche (örtlich vielleicht auch einmal bedenkliche) Erscheinungen zu gigantischen Größen aufbläst, tut dem Eifer keinen Abbruch. Im Gegenteil.

5. Eine mögliche Alternative

Wir sagten schon, daß Schill ein Kind der Bundesrepublik ist, die wiederum ein seltsam geschichtsfernes, traditionsloses Gebilde ist. (Am Anfang, zu Konrad Adenauers Zeiten, war sie das nicht.) Zugleich ist Schill, weil er zur Zeit die einzige ernstzunehmende Alternative jenseits des traditionellen und versteinerten Parteienspektrums darstellt, immensem Druck ausgesetzt. Das führt auch bei ihm zu gewissen Reaktionen, die menschlich verständlich sind. Auch Franz Josef Strauß war solchen Pressionen und Anschuldigungen ausgesetzt, ebenso übrigens wie der alte Adenauer. In der Art, wie Adenauer und Strauß die Attacken abwehrten, zeigte sich der Unterschied der Charaktere: Adenauer blieb kühl und unberührt, während sich Strauß wirklich aufregte (und dann einige Fehler machte, die er sonst nie begangen hätte). Damals entstand das Bonmot, Adenauer sei ein dünner Dickhäuter, Strauß aber ein dicker Dünnhäuter.

Was aber ist Schill? Bei seinen ersten Auftritten in den Schlangengruben der Talk-Shows hat er sich recht gut geschlagen und vor allem Schlagfertigkeit bewiesen. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, weshalb man ihn nicht mehr so häufig zu solchen Shows einlädt: Man hätte natürlich am liebsten einen stotternden, sich verheddernden und am Boden zerstörten Schill vorgeführt. Wenn das nicht geht, hat man keinen Spaß mehr an der Sache und läßt das „Diskutieren“ mit dem „Gottseibeius“ Schill am liebsten bleiben.

Manche hat es befremdet, daß sich Schill gleich zu Beginn von fast allen übrigen nicht-linken Politikern – angefangen von Jörg Haider in Österreich bis zur französischen Rechten und sogar bis hin zu den Überresten des längst verblichenen „Bundes freier Bürger“ (BfB) distanzierte. Gewiß kann diese gegenseitige Distanzierung, die offenbar nicht nur bei Schill eine Folge beständigen äußeren Drucks ist, manchmal übertriebene Formen annehmen. Denn das Distanzieren ist von der Linken erzwungen worden: Indem man sich ständig distanzieren muß – nach dem Motto „Ich bin doch nicht so schlimm wie der da“ – begibt man sich ständig in die Defensive. Und es kann einem passieren, daß die Gegenseite jede Distanzierung und Entschuldigung nur noch als indirektes Schuldeingeständnis bewertet – und die Angriffe daraufhin noch verstärkt.

Alles das wird dann zu einem politischen Pokerspiel: Die einen versuchen die anderen zur „Distanzierung“ – und damit zur Selbstisolierung - zu zwingen; denn: Wer sich verteidigt und entschuldigt (in des Wortes ursprünglicher Bedeutung) klagt sich erst recht an. Andererseits nimmt man durch solche Distanzierungen der Gegenseite auch den Wind aus den Segeln. Der Schlag, der dazu dienen sollte, den unliebsamen und eventuell gefährlichen Konkurrenten auszuhebeln, geht ins Leere. Es bleibt dem taktischen Gespür des Attackierten überlassen, wo er die Grenze zwischen Aus- und Zurückweichen und Widerstand leisten oder „Flagge zeigen“ zieht. Kommen wir damit zur Schlußfolgerung: Ronald Schill hat in der versteinerten deutschen Parteienlandschaft eine Möglichkeit aufgezeigt, vielleicht sogar eine Tür aufgemacht. Ob er Erfolg haben kann und wird, hängt von mehreren Faktoren ab, die er und seine Leute nur teilweise kontrollieren und bestimmen können. Die Frage ist, ob sich aus dem „Hamburger Protest“ gegen unerträgliche Zustände auf dem Gebiet der Kriminalität ein allgemeinpoltisches Konzept entwickelt,

das nicht nur an einem Problem – Verbrechen oder Rauschgift – hängenbleibt, sondern eine Strategie entwickelt, die dem ganzen Land (und besonders den durch die Entwicklung an den Rand gedrängten „Ossis“) auf die Beine und zu einem neuen Selbstbewußtsein und Vertrauen verhilft. Wenn sich Schill dieser Aufgabe stellt, wird er es erst recht nicht leicht haben. Seine Gegner haben die Hoffnung, ihn als Hamburger „Eintagsfliege“ abzutun – als jemand, der einmal in einer außergewöhnlichen und, wie sie meinen, nicht übertragbaren lokalen Situation, zu vorübergehender Berühmtheit aufstieg, der aber nicht die „Puste“ – den langen Atem – hat, um diesen Startvorteil von einem Stadtstaat auf das ganze Deutschland zu übertragen. Dann, so hoffen sie, werde Schill so schnell von der Bühne verschwinden, wie er gekommen ist.

Die Fußangeln und Fallstricke liegen schon bereit: Eine aus dem Boden gestampfte, aus einer Situation geborene Partei schwebt immer in der Gefahr, unerfreulichen Elementen aufzusitzen (eventuell sogar Provokateuren, die entsandt werden, um das Ganze durch endlose Querelen und Skandale in die Luft zu sprengen). Es wird also großen Fingerspitzengeföhls und intuitiver Fähigkeiten bedürfen, das durchzusetzen, die richtigen Leute zu finden – und sich den Wählern überzeugend zu präsentieren.

Es wird aber andererseits auch an den Wählern liegen, ob sie sich an Spitzfindigkeiten der Gegenseite oder an ihrem eigenen gesunden Menschenverstand orientieren. Dieser letztere aber sagt einem: Warum sollte man diesem Schill und seinen Leuten keine Chance geben? Warum sollten im politischen Spiel (wobei Spiel hier eine Umschreibung für den Ernst des Leben ist) immer nur jene mit den großen Beziehungen und großen finanziellen Mitteln den Ton angeben? Warum sollte es nicht wirklich eine „rechtsstaatliche Offensive“ geben, die dann nicht nur die Justiz oder die Polizei umfaßt, sondern sich um Bürgerrechte, Sauberkeit in der Verwaltung und um jene Werte kümmert, die Deutschland über ein Jahrtausend geprägt haben: die einfachen bürgerlichen und christlichen Tugenden? Warum sollten die Deutschen nicht in einer sich globalisierenden Welt ihre Identität bewahren? Warum sollte man sich nicht Gedanken darüber machen, daß die Bundesrepublik durch Geburtenschwund vom Aussterben bedroht ist? Warum sollten die Deutschen als mitteleuropäische Nation, nach allem, was nicht nur sie anderen antaten, sondern auch nach allem, was ihnen angetan wurde, nicht wieder zu sich selbst finden – als Volk unter Völkern in einem Europa, in dem es keine Sieger und Besiegte, sondern nur noch Partner und, wenn es sein muß, Konkurrenten geben soll? Hat da jemand den Mut, der verquälten deutschen Diskussion eine neue Wende zu geben? Für Ronald Schill gilt, was einst der Landsknechtsführer Frundsberg zu Martin Luther sagte: „Mönchlein, du gehst einen schweren Gang.“ Aber einer muß den Anfang machen. Es liegt zum Teil an Schill selbst – aber dann auch an den Wählern, ob der Richter aus Hamburg ein „Vorreformator“ der deutschen Politik bleibt, der die Probleme nur angerissen hat, ohne sie lösen zu können – oder ob er den Durchbruch ins Zentrum der Politik schafft. Berechtigterweise muß man sagen: Es liegt auch an den Wählern. Ob Schill zur Bundestagswahl antreten wird, ist mehr als fraglich. Dort aber, wo er antritt – und sei es auf Landesebene wie demnächst in Sachsen-Anhalt – muß er Pflöcke einschlagen und Positionen klarmachen. Es darf nicht bei bloßen Protesten bleiben. Eine Herkules-Aufgabe steht vor ihm. Im Interesse des Landes sollte man ihm eine Chance geben.